



Abstimmungsvorlage vom 24.09.2017

Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»

In Kürze

Der Gegenvorschlag des Ständerats zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» des Schweizer Bauernverbands (sbv) sieht vor, dass für die Ernährungssicherheit ein umfassendes Gesamtkonzept in die Verfassung aufgenommen wird. Dies beinhaltet die Sicherung des Kulturlandes, eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion und eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft. Der Nationalrat sprach sich im März 2017 parteiübergreifend mit 173 zu 7 Stimmen bei 11 Enthaltungen für den direkten Gegenentwurf des Ständerats aus.

Hintergrund

Im Sommer 2014 ist die Initiative «Für Ernährungssicherheit» in Rekordzeit eingereicht worden. Sie forderte die Verankerung der Ernährungssicherheit in der Bundesverfassung. Im Anschluss erarbeitete der Bundesrat einen Gegenvorschlag, der aufgrund schlechter Rückmeldungen nach der Vernehmlassung nicht mehr weiterverfolgt wurde. Nachdem im März 2016 der Nationalrat die Initiative mit knapper Mehrheit annahm, beschloss die Wirtschaftskommission des Ständerats ihrerseits einen Gegenentwurf zur Ernährungssicherheitsinitiative zu lancieren. Dieser wurde anschliessend von Bundesrat, Ständerat und Nationalrat gutgeheissen. Selbst das Initiativkomitee zog die Initiative daraufhin zurück und stellte sich hinter den Gegenvorschlag. Am 12. April 2017 beschloss der Bundesrat, den direkten Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative am 24. September 2017 zur Abstimmung zu bringen.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels, knapper werdender Ressourcen und Bevölkerungswachstum soll der neue Verfassungsartikel die inländische, nachhaltige Produktion und Lebensmittelverarbeitung in der Schweiz erhalten. Im Interesse aller Konsumenten sollen diese besser mitbestimmen können, wie und wo ihr Essen produziert wird. Mit dem Verfassungsartikel soll ein ressourcenschonender Umgang mit Lebensmitteln gefördert werden, ebenso Produkte aus der Region und aus nachhaltiger, standortangepasster und ressourceneffizienter Produktion sowie ein fairer grenzüberschreitender Handel.

Verfassungsartikel

Art. 104a Ernährungssicherheit

Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln schafft der Bund Voraussetzungen für:

- a. die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes;*
- b. eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion;*
- c. eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft;*
- d. grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen;*
- e. einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.*

Argumente

Pro Quelle: www.blw.admin.ch/blw/de/home/politik/ernaehrungssicherheit/intitiative-fuer-ernaehrungssicherheit.html	Kontra Quelle: www.produzierende-landwirtschaft.ch/medien/
<ul style="list-style-type: none">• Sicherung des Kulturlandes• Förderung von Produkten aus nachhaltiger, standortangepasster und ressourceneffizienter Lebensmittelproduktion• Am Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft• Erhalt der inländischen, nachhaltigen Produktion und Lebensmittelverarbeitung in der Schweiz• Konsumenten können besser mitbestimmen, wie und wo ihr Essen produziert wird• Förderung eines fairen, grenzüberschreitenden Handels	<ul style="list-style-type: none">• Der Gegenvorschlag ist eine klare Absage an die Förderung und Priorisierung der inländischen Produktion.• Der Gegenvorschlag fordert explizit «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen» im Landwirtschaftsbereich. Er beinhaltet keine Aufrechterhaltung des Grenzschutzes für landwirtschaftliche Produkte.• Er birgt dadurch für die produzierende Landwirtschaft erhebliche Nachteile und wirkt sich für Betriebe existenzgefährdend aus.